



Chronik einer Krise

Wie das Corona-Virus die Schweizer Industrie erschüttert.

Seite 9

Aus politischer Sicht

Bankrott des Neoliberalismus

Seite 2

Aus ökonomischer Sicht

Es handelt sich um eine dreifache Krise

Seite 10

Corona und die Industrie

Der Industriesektor ist von der Corona-Krise besonders stark betroffen.

Der Frühling 2020 hat die Schweizer Industrie durchgeschüttelt wie kein anderer Frühling zuvor. Grund genug, das neue Input Industrie ganz dem Thema Corona-Krise und ihre Folgen für die Industrie zu widmen. Dieses Thema wird in dieser Nummer aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: **Die politisch-historische Perspektive:** Welche Chancen die Corona-Krise den Arbeitenden und ihrer Gewerkschaft bietet (S. 2). **Die literarische Perspektive:** Warum das Home-Office nicht nur ein Segen ist, sondern auch ein Fluch (S. 5). **Die Mitarbeitenden-Perspektive:** Wie Personalvertretende und Sicherheitsbeauftragte auch dank den Leitfäden der Unia die Gesundheit der Mitarbeitenden geschützt haben (S. 6). **Die ökonomische Perspektive:** Warum diese Krise nicht erst mit dem Virus begonnen hat – sondern viel früher (S. 10). **Die ethische Perspektive:** Welche Grundsätze gelten, wenn man im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Gesundheit wichtige Entscheide fällen muss (S. 13).

IMPRESSUM

Herausgeberin Gewerkschaft Unia, Sektor Industrie, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15
Verantwortung Corrado Pardini
Redaktion und Gestaltung komform GmbH, Könizstrasse 161, 3097 Liebfeld
Anzeigen teresa.matteo@unia.ch
Fotos shutterstock (S. 1, 2, 10, 11), Schweizerisches Sozialarchiv (S. 3), Manu Friederich (S. 4, 5, 7, 15), Stefan Wermuth (S. 8), komform (andere).
Übersetzungen Sylvain Bauhofer (Französisch), Monica Tomassoni (Italienisch), Karin Schranz Müller (Deutsch), Scott Translations (Englisch).
Input Industrie Das Magazin für die Gewerkschaftsmitglieder erscheint viermal pro Jahr in einer Auflage von 45 000 Exemplaren. Der Verkaufspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten. Jahresabonnemente (à 20 CHF) und Einzelausgaben (à 5 CHF) können bei der Herausgeberin bestellt werden.

15. Juni 2020

© 2020 komform (www.komform.ch)



Krise als Brennglas

Die Coronakrise macht die Risiken und Chancen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überdeutlich. Höchste Zeit für einen Systemwechsel.

Von Corrado Pardini, Sektorleiter Industrie

Solidarität ist der Wert, auf dem die Gewerkschaftsarbeit aufbaut. Gewerkschaftsarbeit richtet sich nach der Frage: Was dient den Menschen?

Solidarität hatte in den letzten 30 Jahren einen schweren Stand. Die Gesellschafts- und Wirtschaftsepoche, die wir allgemein als Neoliberalismus bezeichnen, fragte nicht, was den Menschen dient, sondern: Was rentiert? Was rentiert am meisten? Und was rentiert nicht? Staatliche Leistungen und die öffentliche Daseinsvorsorge schaffen keinen direkten, finanziellen Profit. Deshalb gehörten sie nach der Logik des Neoliberalismus eingespart und nach Marktprinzipien organisiert.

Das galt weltweit auch für Gesundheitssysteme. Gerade Spanien und Italien, von der Coronakrise besonders betroffen, erlebten nach der Finanzkrise 2008 durch aufgezwungene Sparmassnahmen einen dramatischen Abbau. Die Schuldentilgung hatte zur Folge, dass Tausende Krankenhausbetten und der Bestand an Ärzten sowie Pflegepersonal massiv abgebaut wurden.

In den USA war die Entwicklung nicht anders: ein massiver Umbau des Sozialsystems. Aber auch in der Schweiz und in Deutschland wurden die Spitalkapazitäten deutlich reduziert.

Bankrott des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist nicht schuld an der Coronakrise. Aber er ist schuld daran, dass sie uns so brutal getroffen hat: In einem Ausnahmezustand wie in der Coronakrise zeigen sich gesellschaftliche Gefahren und Chancen wie durch ein Brennglas. Und sie bringen Staaten dazu, ihre Konzepte in Frage zu stellen und sich neu zu organisieren. Das zeigt die Geschichte.

Zur Zeit der Spanischen Grippe ereigneten sich die Russische Revolution, die Münchner Räterepublik, der schweizerische Generalstreik und viele andere soziale Aufstände. Es war klar, dass die Folgen von Krieg, Nationalismus und eben auch des Virus die Arbeiterinnen und Arbeiter am stärksten treffen würden. Als Reaktion auf die Proteste wurden zentrale Gesundheitssysteme geschaffen, Arbeitszeiten gekürzt oder die Rechte von Arbeitnehmenden gestärkt.

1942, inmitten des Zweiten Weltkrieges, erschien in Grossbritannien der sogenannte Beveridge-Report. William Beveridge war ein linksliberaler Ökonom und Akademiker der London School of Economics. Er wurde von der Einheitsregierung beauftragt, einen Be-

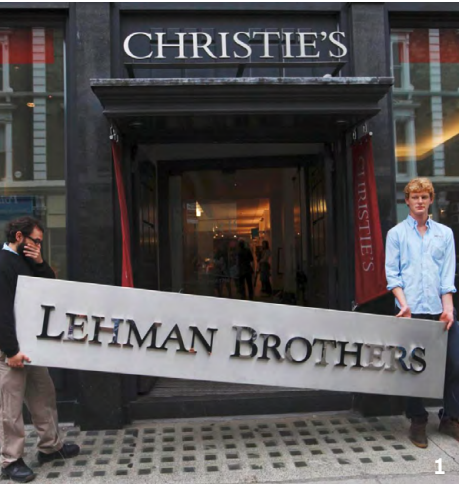
richt für eine zukünftige Nachkriegswirtschaft zu entwerfen, und begründete somit den britischen Sozialstaat und den NHS, das staatliche Gesundheitssystem.

Auch in Deutschland und in der Schweiz gab es nach dem Zweiten Weltkrieg Streiks und Manifestationen, etwa in der Basler Chemie. Die Arbeitenden erhoben sich um zu manifestieren: Wir haben zu lange zu viele Entbehrungen akzeptieren müssen. Der Ausnahmezustand hat letztlich zum Aufschwung demokratischer Tätigkeiten geführt. Zum Ausbau des Sozialstaats. Und zwar in fast allen

Ländern Europas nach 1945, in der Schweiz etwa 1947 zur Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).

Die Bankenkrise von 2008 hingegen hat kaum zu Protesten geführt, sondern den Neoliberalismus noch einmal auf die Spitze getrieben. Banken wurden gerettet, für den Schaden haftet hat vor allem die Bevölkerung. Nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren.

Auch jetzt sucht man im neoliberalen Lager nach Wegen, wie die Unternehmen finanziell von der Krise profitieren können: Konzerne wollen gleichzeitig Dividenden ausschütten und staatliche Hilfen beziehen, Arbeitsbedingungen weiter flexibilisieren oder das Homeoffice zwecks Kostensenkung ausbauen.



Und die Verkäuferinnen, so lautete die neoliberale Botschaft, sollten so schnell wie möglich wieder in die Läden, die Dienstleister in die Büros, die Arbeiterinnen in die Fabriken – auch die Risikogruppen unter ihnen. Alle zurück auf den Posten, damit sich der Profit wieder abschöpfen lässt! «Die Wirtschaft», von der die Vermögenden gerne sprechen, ist immer vor allen Dingen die Arbeit, die von den Beschäftigten geleistet wird.

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass diesmal nicht die Grossen von der Krise profitieren und die Kleinen dafür bluten. Was schon die Bankenrettung während der Finanzkrise 2008 bewies, haben die Massnahmen während der Coronakrise doppelt unterstrichen: Das Gegenteil der neoliberalen Lehre ist wahr. Ohne staatliche Stützung in Milliardenhöhe ist der freie Markt nicht überlebensfähig. Stichwort Kurzarbeit oder unverzinsliche Kredite.



1. Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers erreichte die Finanzkrise 2008 ihren Höhepunkt.

2. Die Spanische Grippe forderte zwischen 28 und 50 Millionen Menschenleben.

3. JA –Volksabstimmung von 1947 über Bundesgesetz zur AHV (Bild: Hans Erni).

Neue Werte, neue Antworten

Diese Krise hat so deutlich gemacht wie nie zuvor, wie unwichtig viele hochdotierte Berufe sind, wenn es um existenzielle Fragen geht. Und wie wichtig Berufe, die lange Zeit unsichtbar gemacht und zu schlecht bezahlt wurden. Man leidet in diesen Berufen unter einem enormen Zeit- und Lohndruck.

Applaus für die Pflegenden! In der Coronakrise ist der gewerkschaftliche Wert der Solidarität gross in Mode gekommen. Die entscheidende Zukunftsfrage wird nun sein: Schaffen wir es, die Solidarität über die Krise hinaus zu etablieren und die neoliberale Ära endlich zu überwinden? Wer soll für die Krise bezahlen? Die öffentliche Hand, die in der neoliberalen Ära immer weniger Steuern von den Konzernen eingefordert hat? Also wir alle, über Sparmassnahmen? Oder sollen die Vermögenden und die Konzerne bezahlen, welche sich in den Boom-Jahren unanständig bereichert haben?

Es ist höchste Zeit, dass wir als Folge der Coronakrise einen nachhaltigen Prozess des Wirtschaftens einführen, in dem die Unternehmen auf das Gemeinwohl und nicht nur auf die Rendite verpflichtet werden. Nur so schaffen wir die Ressourcen, um der essentiellen Menschheitskrise zu begegnen, die auf uns zugerast kommt: dem Klimawandel. Denn diese Krise ist nicht aufgehoben. Sie ist wegen Corona nur verschoben. ■



Applaus als Dankeschön für das Gesundheitspersonal.

Fokus Industrie

Auch in der Industrie hat der Neoliberalismus gesellschaftlichen Schaden angerichtet. Das zeigt der Soziologe und Volkswirtschaftler Oliver Nachtwey am Beispiel der Pharmaindustrie. Produziert wird, was eine kaufkräftige Nachfrage generiert und eine möglichst hohe Rendite erwirtschaftet. Deswegen hat man in der neoliberal geführten Pharma aufgehört, in die Forschung für neue Antibiotika zu investieren, was womöglich bald ein grosses gesellschaftliches Problem wird. Die Gewinne sind nicht hoch genug. Man forscht stattdessen intensiv – was nicht falsch ist – zu lebensverbessernden und lebens-verlängernden Mitteln für die Ältesten, weil diese kaufkräftig sind. Die Pharmaindustrie hatte zwischenzeitlich auch aufgehört, zum Coronavirus-Stamm zu forschen, weil diese Forschung zu wenig lukrativ war. Aufgrund der Konkurrenzsituation forschen Pharma-unternehmen zudem getrennt voneinander, weil sie Patente für ihre Gewinne brauchen. Das verhindert den Austausch von Wissen. Die Coronakrise macht sichtbar, dass Wissenschaft auch global funktionieren kann. Daten- und Forschungsergebnisse werden plötzlich in einem bisher nicht gekannten Mass geteilt.

Fokus Frauen

Die Coronakrise macht die Lücken im Sozialsystem sichtbar. In diesem Land sind die Geschlechter bis heute ungleich abgesichert. Der grösste Teil der Pflege- oder der Verkaufsarbeit, die plötzlich als systemrelevant gelten, wird von Frauen geleistet, zu vergleichsweise tiefen Löhnen und später tieferen Renten. Und die Kinderbetreuung fällt, sobald sie ausserfamiliär nicht mehr garantiert ist, auf die Frauen mit ihren häufig kleineren Arbeitspensen zurück. Unbezahlt, versteht sich.



Frauen fordern Lohnungleichheit: Heute wie vor einem Jahr beim grossen Frauen*streik.

«Die Solidarität wird bald vergessen sein»

Ein Gespräch mit dem Schriftsteller *Peter Bichsel* über Corona, Home-Office und die fortschreitende Privatisierung der Öffentlichkeit.

Wie erleben Sie die Corona-Krise?

Peter Bichsel: In meinem Alter verändert sich der Alltag durch das Virus nicht so stark – ausser, dass ich weniger Leute treffe. Was mir Sorgen macht, ist die Zeit danach.

Warum?

Bichsel: Die Öffentlichkeit wird durch das Corona-Virus weiter geschwächt. Wir leben in einer Grill- und Partygesellschaft. Man ist immer mit den vierzehn Menschen zusammen, die man schon lange kennt. Je höher der soziale Statuts, desto schlimmer ist das. Der Topmanager trifft nur noch andere Topmanager und deren Familien. Das sind freiwillige Ghettoisierungen. Es gibt auch keine richtigen Beizen mehr, wo die unteren und oberen der Gesellschaft miteinander ins Gespräch kommen. Nach der Zeit von Corona erst recht. 2 Meter Abstand – das gibt keine Öffentlichkeit.

Warum ist Öffentlichkeit so wichtig?

Bichsel: Ohne Öffentlichkeit gibt es keine Politik – übrigens auch keine Gewerkschaften. Es braucht eine Durchmischung der Gesellschaft, Begegnungen und Austausch, doch die Infrastruktur, wo all dies stattfinden könnte, ist am veröden. Einzig im öffentlichen Verkehr kommen Leute noch zusammen und manchmal entstehen Gespräche – auch generationenübergreifend und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Stellen Sie diese Tendenz auch in der Arbeitswelt fest?

Bichsel: Ja. Der Arbeitsplatz kann unter Umständen noch ein Teil von gemeinsamer Öffentlichkeit sein – doch mit Homeoffice ist das

dann endgültig vorbei. Homeoffice ist sozusagen der letzte Todesstoss für die Öffentlichkeit. Es sind gesellschaftliche Veränderungen im Gang, die ich mir gar nicht mehr vorstellen kann – wenn sie absolut konsequent durchgeführt werden. Jeder schaut nur noch für sich. Vereinsamung und Egoismus nehmen zu.

Dabei ist doch gerade jetzt oft von grosser Solidarität die Rede.

Bichsel: Es ist schön, dass sich die Menschen während der Corona-Krise sozial verhalten und gegenseitig helfen, doch am ersten Tag nach der totalen Öffnung wird diese Solidarität bereits wieder vergessen sein. Es gibt keine

freiwillig soziale Gesellschaft. Dafür braucht es den Staat. Eine staatenlose Gesellschaft kann keine soziale Gesellschaft mehr sein.

Gilt dies auch für die ländlichen Gegenden?

Bichsel: Auf dem Land ist die Privatisierung noch viel stärker fortgeschritten als in der Stadt. Früher dachte man, in den Dörfern funktioniert die Gemeinschaft noch, dort gibt es Vereine, einen Zusammenhalt. Doch die ganze Infrastruktur ist zusammengebrochen. Beizen gibt es in den Dörfern keine mehr. Und wenn es eine gibt, ist es ein Nobelrestaurant, in dem Einheimische nichts zu suchen haben. Im ganzen Kanton Solothurn gibt es noch genau zwei Käsereien. Früher gab es in jedem Dorf eine, man hat sich getroffen und zusammen geplaudert. Und samstags traf man sich beim Frisör.



Vor der Corona-Krise: Corrado Pardini zu Besuch bei Peter Bichsel.

Mitarbeitende schützen Mitarbeitende

Unterstützt von der Unia, haben Personalvertretende und Sicherheitsbeauftragte eine wichtige Rolle übernommen, um während der Coronakrise den Gesundheitsschutz in den Industriebetrieben sicherzustellen.

Am 13. März hat der Bundesrat die «Verordnung 2 zur Bekämpfung des Coronavirus» in Kraft gesetzt. Der Industriesektor der Unia hat darauf unverzüglich interveniert und zwei Leitfaden publiziert, um die Gesundheit der Arbeitenden zu schützen. Adressaten: Unia-Regionen, Personalvertretende der Industrie und die Arbeitgeber.

Im ersten Leitfaden vom 18. März betont die Unia die Mitwirkungsrechte der Personalkommission in Fragen der Arbeitssicherheit und des Arbeitnehmerschutzes. In jenen Betrieben, die über speziell ausgebildete Sicherheitsbeauftragte (SiBe) verfügen, verlangt der Industriesektor, dass diese per sofort von anderen Tätigkeiten freizustellen sind.

Den zweiten Leitfaden vom 3. April verschickt der Industriesektor in Hinblick auf die geplante Wiederinbetriebnahmen von zeitweilig eingestellten Industrie-Betrieben, um ein möglichst einheitliches Vorgehen über die verschiedenen Industrie-Branchen hinweg sicherzustellen.

Wo Mängel im Gesundheitsschutz nicht sofort behoben werden konnten, sind die Mitarbeitenden aufgefordert, die Unia zu informieren, damit diese mit dem Arbeitsinspektorat, mit dem Arbeitgeberverband oder falls nötig mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Lösung suchen kann.

Während den Wochen der akuten Coronakrise in der Schweizer Industrie haben Personalvertretende und Sicherheitsbeauftragte massgeblich dazu beigetragen, die Gesundheit der Industriearbeitenden zu schützen: in allen Branchen und in allen Landesteilen, wie eine kurze Umfrage zeigt.

General Electric Thomas Bauer

Präsident der Personalvertretung
General Electric

«Bei General Electric war der Ausbruch von Covid-19 im Hinblick auf den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden und aufgrund von Schwierigkeiten im Daily Business von Beginn an ein grosses Thema. Früh wurde seitens des Konzerns kommuniziert, dass die Mitarbeitenden von zuhause aus arbeiten sollen. Wo das nicht möglich war, hat man versucht, die jeweilige Person am Standort zu behalten und den Arbeitsplatz gemäss den Sicherheitsvorgaben einzurichten. Die Zusammenarbeit mit der Personalvertretung funktionierte immer einwandfrei; seit Beginn sind wir Teil des Krisenstabs. Es kam vor, dass die Mitarbeitenden nicht schnell genug informiert werden konnten: Das BAG hatte bereits kommuniziert und wir mussten zuerst schauen, wie die Vorgaben an den jeweiligen Standorten umzusetzen wären. Das hat hie und da zu Verunsicherung geführt – doch ansonsten kann ich sagen, dass bei General Electric bisher vorbildlich mit der Krise umgegangen wird.»



Rolex Markus Müller

Gewerkschaftsdelegierter ROLEX

«Rolex hat seine Produktionsstätten in Biel, Genf und Crissier am 17. März geschlossen. Bei uns in Biel sind über 3000 Mitarbeitende beschäftigt. Am 20. April haben die administrativen und technischen Dienste ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es wird in zwei Schichten gearbeitet. Am 4. Mai haben wir mit der progressiven Wiederinbetriebnahme der Produktion begonnen. Die Distanzen zwischen den Arbeitenden können eingehalten werden, die Anlagen werden desinfiziert und die obligatorischen Schutzmasken und Desinfektionsgel für jeden Mitarbeitenden bereitgestellt. An den Personaleingängen wurden Zelte eingerichtet, um den Einlass besser zu koordinieren (Personenkontrolle). Die Personalkommission und der Sicherheitsbeauftragte haben den Prozess eng begleitet und werden von der Unternehmensleitung regelmässig informiert. Der Leitfaden der Unia war sehr hilfreich, um die Sicherheit der Arbeitenden zu gewährleisten.»



Officine Stefano Rebozzi

Experte für Arbeitssicherheit und
Gesundheitsschutz, Sicherheitsbeauftragter,
SBB Bellinzona

«In den SBB-Werkstätten in Bellinzona sind mehrere Dutzend verschiedene Berufskategorien vertreten und in jeder Abteilung müssen unterschiedliche Massnahmen getroffen werden. Seit Beginn der Krise gibt es je einen strategischen und einen operativen Krisenstab, bestehend aus Management, Gewerkschaften, Peko und Sibes. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Als einer der ersten Schritte wurde anfangs Februar allen Mitarbeitenden Taschendesinfektionsmittel verteilt, es folgten einschneidendere Massnahmen wie:

- Kontinuierliche und aktuelle Informationen über Hygienemassnahmen
- häufigere Reinigung und Desinfektion von Gemeinschaftsbereichen
- Schutz von gefährdeten Mitarbeitenden
- Reduktion nicht notwendiger Aktivitäten und Schulungen
- Home-Office für Mitarbeitende ausserhalb der Produktion
- Pausen und Mittagszeit wurden auf mehrere Zeitfenster verteilt, und dafür zusätzliche Räume geschaffen
- Bereitstellung von Masken und andere Schutzmaterialien, usw.

Die Situation wird ständig überwacht und bei Bedarf angepasst. Alles ist bis ins kleinste Detail geplant und organisiert, wöchentlich werden zum Beispiel fast 3000 Masken, 8000 Einweghandschuhe und Desinfektionsmittel für rund 40 Teams organisiert. Derzeit bin ich zu 100 % mit den Vorkehrungen im Zusammenhang mit Covid-19 ausgelastet. Ich bin sehr froh, dass es uns bisher gelingt, die Bestimmungen des Bundes, des BAG, und die SBB-internen Vorschriften zum Schutz der Mitarbeitenden in die Praxis umzusetzen.»



Stadler Rail Sandra Suter

Mitglied der Personalkommission,
Stadler, Standort Bussnang

«Bei Stadler wurden rasch Massnahmen umgesetzt, um die Bestimmungen des BAG einzuhalten. Um die Montage auszudünnen, wurden versetzte Arbeitszeiten eingeführt. So werden die zwei Meter Abstand eingehalten. Wer im Büro arbeitet, darf im Home-Office arbeiten. Der Krisenstab, dem auch Vertreter der Peko angehören, traf sich anfangs täglich, inzwischen etwas weniger häufig. Neue Weisungen und Beschlüsse, die alle Mitarbeitenden betreffen, werden nebst dem Versand per E-Mail jeweils auch an der Stempeluhr und im Intranet aufgeschaltet, damit alle über die neusten Entwicklungen Bescheid wissen. Die Mitarbeitenden kommen häufiger mit Fragen und Anliegen auf uns zu als sonst. Diese betreffen meist die Schichtarbeit und die Regelung mit den Überstunden.»



Sapal Mike Nista

Mitglied der Personalkommission
Sapal SA

«Die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit werden bei Sapal sehr gut eingehalten. Das Büropersonal und die Lernenden haben vorübergehend ausschliesslich im Home-Office gearbeitet. Die Produktionsarbeitenden nur vormittags – am Nachmittag waren sie in Kurzarbeit. Seit Mai wird nun in zwei Schichten gearbeitet. Team A arbeitet montags und dienstags vor Ort, den Rest der Woche im Home-Office. Team B arbeitet donnerstags und freitags vor Ort und sonst im Home-Office. Am Mittwoch sind jeweils alle im Home-Office. Die Firma wollte zunächst, dass das Personal in der Krise seine Ferien und Überstunden bezieht, die Personalkommission hat aufgrund der Verordnung des Bundesrats und mit Unterstützung der Unia erfolgreich interveniert.»

Beispiel eines Unternehmens der Maschinenindustrie

Mitglied der Personalkommission

«Die Peko war zuerst nicht zu den Krisensitzungen eingeladen, bis ich zufällig erfahren habe, dass diese überhaupt stattfinden. Inzwischen ist die Peko in den Krisenstab integriert. Grundsätzlich stützen sich die betroffenen Massnahmen auf die Empfehlungen des BAG. Das Büropersonal arbeitet im Home-Office und in der Produktion wird versetzt gearbeitet. Allerdings kommen jene Mitarbeitende, die für die Frühschicht eingeteilt sind, nicht auf genügend Stunden. Darüber, wie dieses Minus verrechnet wird, diskutieren wir derzeit. Dem zuletzt unterbreiteten Vorschlag konnte die Peko unmöglich zustimmen. Auch was Mitarbeitende aus den Risikogruppen betrifft, liefen die Diskussionen eher harzig. Der Schwenkkurs des BAG war diesbezüglich nicht besonders hilfreich. Ein grosses Unternehmen ist ein schwerfälliger Dampfer, das ist klar. Umso wichtiger ist es, die Anliegen der Arbeitnehmenden aufzunehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.»

1.9 Millionen

Für so viele Personen ist innerhalb von acht Wochen Kurzarbeit angemeldet worden. Das entspricht **37 %** der Beschäftigten. (Quelle: Seco)

49 %

So hoch ist der Anteil der für Kurzarbeit gemeldeten Arbeitnehmenden im Industriesektor zwei Monate nachdem der Bundesrat die Notlage erklärt hat. (Quelle: Seco)

3000 Masken und 8000 Einweghandschuhe

werden in den SBB-Werkstätten in Bellinzona wöchentlich verteilt.

Chronik einer Krise

Wie das Coronavirus die Schweizer Industrie erschüttert.

13. März

Der Bundesrat erklärt die Notlage und setzt eine ausserordentliche Verordnung in Kraft: «Die Arbeitgeber (...) in der Industrie sind verpflichtet, die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene und soziale Distanz einzuhalten. Hierzu sind namentlich die Anzahl der anwesenden Personen (...) in Betrieben entsprechend zu limitieren, die (...) Betriebsorganisation anzupassen und die Nutzung namentlich von Pausenräumen und Kantinen in geeigneter Weise zu beschränken.»

16. März

Betriebsschliessungen in der Uhren- und vereinzelt in der MEM-Industrie.

18. März

Inbetriebnahme der Unia-Corona-Hotline. Auch Mitglieder des Industriesektors beantworten Rechtsfragen von Arbeitnehmenden. In den ersten Wochen der Hotline drehen sich die Sorgen primär um die Gesundheit, danach um die Arbeitszeit, auf deren Flexibilisierung die Arbeitgeber drängen.

20. März

Der Bundesrat verschlechtert den Art. 10c, Abs. 2 der Covid-2-Verordnung bezüglich den besonders gefährdeten Arbeitnehmenden nach nur 5 Tagen – ohne dies öffentlich zu deklarieren oder vorher mit den Sozialpartnern diskutiert zu haben. Arbeitnehmende, die zur Risikogruppe gehören, können wieder dazu verpflichtet werden, vor Ort zu arbeiten.

23. März

Der Kanton Tessin schliesst entgegen der Verordnung des Bundes für mindestens eine Woche alle Industriebetriebe. Die Unia befürwortet den Shutdown und fordert, dass alle Beschäftigten besser geschützt werden müssten. Widerstand kommt vom Arbeitgeberverband Swissem, welcher den Ernst der Lage im Tessin noch nicht erfasst zu haben scheint.

27. März

Der Bundesrat hat ein Einsehen und legalisiert die Schliessung der Tessiner Betriebe.

30. März

ABB testet mehrere hundert Angestellte auf das Coronavirus, auch Mitarbeitende ohne Symptome. Das BAG kritisiert dieses Vorgehen.

3. April

Im Kanton Tessin beginnen die Verhandlungen über den Umgang mit der Coronakrise zwischen Kanton, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Dabei spielen die Leitfäden des Unia-Industriesektors (siehe Hauptartikel) eine wichtige Rolle.

14. April

Erste Uhrenkonzerne, welche die Produktion eingestellt haben, neben den Betrieb teilweise wieder auf.

16. April

Der Bundesrat macht auf Druck der Gewerkschaften die Lockerung vom 20. März rückgängig. Ab sofort gilt wieder ein absoluter Schutz für Risikogruppen, auch in den Industriebetrieben. Grosses Aufatmen bei den Betroffenen.

17. April

Die Unia verschickt sämtlichen Industrie-Mitgliedern eine SMS: «Werden die BAG-Massnahmen in deinem Betrieb eingehalten? Melde uns Verstösse und wir melden sie anonymisiert den zuständigen Behörden. Vielen Dank! <https://unia.ch/verstoss>»

27. April

Die vom Bundesrat beschlossene stufenweise Lockerung der Massnahmen setzt in Kraft. Empfehlungen sowie Hygiene- und Verhaltensregeln bleiben weiterhin gültig. Ebenfalls gilt:

- Die Mitarbeitenden müssen laufend über die persönlichen und arbeitsplatzbezogenen Schutzmassnahmen informiert werden
- Arbeitswege zu Stosszeiten im ÖV verhindern
- Möglichst viele Mitarbeitende im Home-Office und flexible Arbeitszeiten
- Arztzeugnissen sollen frühestens ab dem 5. Tag eingeholt werden müssen

15 Billionen Dollar öffentliches Geld für privaten Profit

*Hat das Coronavirus die Weltwirtschaftskrise ausgelöst?
Die Sache ist komplizierter. Und schlimmer.*

Von Oliver Fahrni

Der 20. April 2020 steht bereits in den Geschichtsbüchern: Wer an jenem Tag Öl kaufte, den Betriebsstoff der Wirtschaft, bezahlte weniger als nichts – der Käufer bekam 36,73 US-Dollar nachgeworfen für jedes Fass, dass er den Konzernen abnahm. Absurd. Der negative Ölpreis jenes Tages steht symbolisch für die tiefe Zerrüttung der Weltökonomie und kündigt weit schlimmere Verwerfungen an.

Grösste Rettungsaktion der Geschichte

Obschon sich Staaten und Zentralbanken in diesem Frühjahr mit verstörenden 15 Billionen US-Dollar (15 000 Milliarden) gegen den Zusammenbruch stemmten, verloren allein im April in den USA 30 Millionen Menschen ihren Job (und damit ihre Krankenversicherung und Rente). Noch in den ersten Maitagen war unklar, ob die grösste Rettungsaktion der Geschichte für die kapitalistische Wirtschaft in der Höhe von 20 Prozent des Welt-BIP ihre Wirkung entfalten würde. Trotz der Geldschwemme schrumpft die Wirtschaft. Rezession ist dafür kein passender Begriff mehr, und die Krise von 2008 wirkt wie ein müdes Vorspiel. Wir erlebten den brutalsten und schnellsten Crash seit 1929, sagen Banker, Ökonomen und Regierende. In Europa und den USA ist der Hunger zurück.

Sogar die Schweiz, wo Sozialpartnerschaft, hohe Qualifikation und direkte Demokratie

manche Krise abfedern, legte ein Rettungspaket 63,4 Milliarden Franken auf. Die Nationalbank (SNB) griff in bisher noch unbekannter Höhe ein. Doch trotz Kurzarbeit stand im Mai mindestens ein Viertel der 500 000 KMU vor dem Aus.

Hinter dem angstgetriebenen Aktionismus steht nun eine andere Frage: Ist dies alles tatsächlich der Covid-19-Pandemie geschuldet? Bedroht ein Virus das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem?

Vorbeben und Bankenrettung

Seltsame Frage, finden manche. Das Coronavirus habe den Lockdown ausgelöst und der wiederum die Krise, lautet die offizielle Erzählung des Crashes. Alles klar? Nein. Bereits den zwei Jahren vor Ausbruch der Pandemie fluteten die Zentralbanken die Finanzmärkte mit 1000 Milliarden Dollar, wie in den Statistiken der US-Notenbank FED steht. Sämtliche Versuche, die Zinsen anzuheben, um mit ein wenig Inflation die Depression zu vermeiden, waren gescheitert. Und die globale Industrieproduktion, ein zentraler Indikator, schwächelte schon 2018. Im Herbst 2019 schrumpfte sie, in manchen Ländern wie Deutschland war sie im freien Fall.

Wer trotz Quarantäne ein Stück Gedächtnis bewahrt hat, erinnert sich, dass führende Ökonomen lange Monate vor Corona die Krise

für unausweichlich hielten. «Die Frage ist nicht ob, sondern wann», sagte die Generaldirektorin des IWF, Kristalina Georgieva im Oktober. Der Crash war das Dauerthema an den Treffen der Weltenlenker wie WEF oder G-20. Logisch, alle Ampeln standen auf Rot. Die Verschuldung war auf mehr als 250 Prozent der Weltwirtschaftsleistung gestiegen. Das Wachstum der vergangenen zehn Jahre war eine spekulative Blase, genährt durch die extremen wirtschaftlichen Ungleichgewichte (wie das US-Handelsdefizit von fast 1000 Milliarden, oder, in der EU, die deutschen Exportüberschüsse) und durch die internationale Arbeitsteilung mit China als Weltfabrik. Die Investitionen in die reale Wirtschaft waren auf Tiefstand gefallen.



Drei Krisen, immer dieselbe Krise

Was aber alle Alarmglocken schrillen liess: 2019 waren 8,5 mal mehr spekulative Finanzderivate («Wetten») im Umlauf als der Wert, den die gesamte Weltwirtschaft erschuf.

Es sind dieselben Papiere (und nicht die Immobilienkredite), die schon im Juli 2007 die Finanzkrise auslösten. Die Rettung der Finanzmärkte 2008 führte zur Schuldenkrise 2012, und Ende 2019 platzte die Blase erneut. Eine weitere Rettung der Finanz war schon angelauten, als die Epidemie ausbrach.

Corona beschleunigte und verschärfte die Weltwirtschaftskrise. Und umgekehrt: Spätestens am 24. Februar, als Teile Italiens unter Quarantäne gestellt wurden, war die Pandemie

Tatsache. Die Börsen explodierten. Die Drähte zwischen Regierungen und Zentralbanken liefen heiss. Sie brauchten drei Wochen, um ihre Rettungspakete zu koordinieren. Am 13. März warfen die Zentralbanken, SNB inklusive, grosse Mengen Dollar auf den Markt, um das System («Liquidität») zu stabilisieren, zwei Tage später dekretierten etliche Regierungen den Lockdown. Es war wertvolle Zeit im Kampf gegen Covid-19 verstrichen.

Wie auch immer die Weltwirtschaftskrise ausgehen mag, hat sie drei schwere Trends in Gang gesetzt: Die rabiate Digitalisierung der Arbeit (und mit ihr die digitale Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger). Die Beschleunigung der Unternehmens- und Kapitalkonzentration.

Und wie in jeder grossen Wirtschaftskrise: Die Neuordnung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Kaum noch kaschiert tobt ein Konflikt um die Ordnung der künftigen Gesellschaft. Dort autoritäre Neoliberale, die nun möglichst viele soziale Errungenschaften schleifen wollen, die 60-Stundenwoche und scharfe Austeritätsprogramme erzwingen möchten. Hier jene, die in der Krise den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung, wachsenden sozialen Ungleichheiten, Ökologie und Seuche erkennen.

Darum geht es. Nicht um Corona.

Oliver Fahrni ist Ökonom und Buchautor.



Schwarze Wolken über der Finanz- und Wirtschaftswelt.

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!

suva

«Die Gesundheit der Arbeitnehmenden ist nicht verhandelbar»

Was ist richtig? Was ist falsch? Der Ethiker Peter G. Kirchschräger beantwortet drei grundsätzliche Fragen zur Coronakrise.

1

Sind wirtschaftliche Interessen und ethische Grundsätze überhaupt miteinander zu vereinbaren?

Peter G. Kirchschräger: Menschen sind Trägerinnen und Träger von Menschenwürde. Im Unterschied zu materiellen Objekten haben sie keinen quantifizierbaren Wert. Daher ist es illegitim, ein Menschenleben zu quantifizieren. Der Bundesrat steht in der Pflicht, der Gesundheit und dem Überleben der Menschen eindeutig den Vorrang zu geben vor wirtschaftlichen Interessen. Er muss alle Menschen – auch z. B. auf Baustellen, in der Industrie – vor einer Ansteckung schützen. Er muss wirtschaftliche Hilfs- und Schutzmassnahmen fair verteilen und nicht nur bestimmten Teilen der Wirtschaft, das heisst, nicht nur zum Wohl der Unternehmen, sondern auch zum Wohl der Arbeitnehmenden, zukommen lassen. Er muss unterbinden, dass Unternehmen, die in irgendeiner Form von den staatlichen Hilfs- und Schutzmassnahmen profitieren, gleichzeitig Boni und Dividenden auszahlen sowie Massenkündigungen vornehmen.

2

Wirtschaft versus Gesundheit: Geht Gesundheit immer vor? Falls ja: Wessen Gesundheit?

Kirchschräger: Wirtschaftliches Entscheiden und Handeln hat den Menschen zu dienen. Wirtschaftlicher Erfolg darf nicht mehr wert sein als ein Leben. Menschenleben können nicht für das Wohl der Wirtschaft geopfert werden. Die Gesundheit der Arbeitnehmenden muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Der Bundesrat steht in der Pflicht, nicht aus wirtschaftlichen Gründen Menschen dem Ansteckungsrisiko auszusetzen und nicht aufgrund von wirtschaftlichem Druck zu früh die Einschränkungen zu lockern.



Peter G. Kirchschräger ist Professor für Theologische Ethik und Leiter des Instituts für Sozialethik ISE an der Universität Luzern.

3

Welche Grundsätze müssen gelten, wenn die Einschränkungen gelockert werden?

Kirchschräger: Die Menschenrechte müssen geachtet, durchgesetzt und realisiert werden. Wir haben zur Demokratie Sorge zu tragen und diese zu fördern, denn besonders angesichts einer virusbedingten Krise erweisen sich Partizipation und Meinungs- und Informationsfreiheit als essentiell, damit Informationen über ein Virus nicht zuerst monatelang von einem totalitären System zurückgehalten werden, bis es sich zu einer weltweiten Bedrohung ausgeweitet hat. Gegenüber Diktaturen sollten wir uns u. a. auch daher konsequenter für die Einhaltung und die Realisierung der Menschenrechte einsetzen – auch gegen unsere wirtschaftlichen Interessen. Wir sollten uns künftig dafür einsetzen, dass die Verfolgung von Partikularinteressen in Wirtschaft und Politik nicht dem Schutz der Menschen zuwiderlaufen. Die Solidarität, die sich derzeit in vielfältigen Formen zeigt, hat allen Menschen zu gelten – insbesondere Menschen auf der Flucht und in Migration leiden aktuell besonders unter der Pandemie, weil wir ihre Menschenrechte unzulässig einschränken. Konkret soll der Bundesrat umgehend möglichst viele, auf den griechischen Inseln gestrandete Menschen auf der Flucht in die Schweiz holen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. ■

..... **i**
Mehr wissen
evakuieren-jetzt.ch

Workers protecting fellow workers

With support from Unia, staff representatives and company safety officers have taken on the major role of assuring health and safety in industrial operations during the coronavirus crisis.

On March 13, the Swiss Federal Council enacted "Anti-Coronavirus Directive 2". Immediately afterwards, the Unia industrial sector took action and published two sets of guidelines on protecting workers' health and safety. The guidelines were sent to the Unia regional offices, staff representatives at industrial companies and employers.

In the first guideline dated March 18, Unia emphasized the rights of the staff committee to be involved in issues relating to occupational health and safety and worker protection. In the case of companies with specially trained company safety officers, the Unia industrial sector requested that these staff members be immediately freed of other duties.

The industrial sector's second guideline dated April 3 addressed the planned reopening of temporarily closed industrial operations, with a view to assuring the most uniform approach possible across the various branches of industry.

In cases where it was not possible to rectify health and safety shortcomings straightaway, workers were requested to inform Unia of such situations so as to allow it to find a solution jointly with the Labour Inspectorate, employers' association or, if necessary, the State Secretariat for Economic Affairs (Seco).

Throughout the difficult coronavirus crisis in Swiss industry, staff representatives and safety officers have made an important contribution to protecting the health and safety of industrial workers. They have done so across all industries and in all parts of the country - as revealed by a brief survey.

General Electric Thomas Bauer

President of the Works Council
at General Electric

"Right from the start, the Covid-19 outbreak was a major issue at General Electric not only with respect to the health and safety of employees but also difficulties affecting the company's day-to-day business. The company did not delay in instructing employees to work from home. In cases where this was not possible, the company attempted to keep the employee in question on site while setting up his or her workplace to comply with safety requirements. Collaboration with the Works Council has always been excellent and we have been part of the crisis response team right from the start. In some cases, it was not possible to keep employees informed quickly enough because the Federal Office of Public Health issued its communications and we had to take a close look at the requirements first on the mode of implementation at our respective sites. This resulted in a level of uncertainty from time to time but, by and large, General Electric has handled the crisis in exemplary fashion."



Rolex Markus Müller

Trade Union Delegate at ROLEX

"Rolex closed its manufacturing plants in Biel / Bienne, Geneva and Crissier on March 17. We have over 3,000 workers at our plant in Biel / Bienne. Our administrative and technical staff restarted work on April 20. They are working in two shifts. On May 4, we began to restart production gradually. We are able to maintain distancing between workers, the equipment is disinfected and mandatory protective masks and sanitizer gel are provided for every employee. Tents have been set up at staff entrances for improved coordination of the entry process (security checks). The staff committee and company safety officers have been closely involved in the process and are kept informed regularly by corporate management. The Unia guideline was very helpful in assuring the safety of workers."



Swiss Federal Railways (SBB/FSS) Stefano Rebozzi

Occupational Health and Safety Expert,
Safety Officer, Swiss Federal Railways,
Bellinzona

"A range of different jobs are carried out at the Swiss Federal Railways workshops in Bellinzona with differing measures being implemented in every department. From the start of the crisis, a dual strategic and operational crisis management team was set up and comprised company management, trade unions, works council and safety officers. The teamwork has been great. As one of the first measures taken at the beginning of February, pocket-sized bottles of sanitizer were handed out to all employees and followed by more radical measures such as:

- Continuously providing the latest information on hygiene measures
- Cleaning and disinfecting communal areas more frequently
- Protecting vulnerable employees
- Reducing non-essential activities and training
- Working from home for non-production employees
- Breaks and lunchtimes were spread out over several time windows, and additional space was set aside for them
- Provision of masks and other protective equipment etc.

The situation is being monitored continuously and changes are made as required. Everything is planned and organized down to the slightest detail. For example, almost 3,000 masks, 8,000 disposable gloves and disinfectant supplies have been organized for around 40 teams on a weekly basis. At the moment, I am spending all of my time on our precautions relating to Covid-19. I am very happy that, until now, we have been able to implement the occupational health and safety requirements of the Federal Council, the Federal Office of Public Health and also the in-house measures of Swiss Federal Railways in practice."



Stadler Rail Sandra Suter

Member of Staff Committee,
Stadler, Bussnang site

"At Stadler, measures were taken rapidly to comply with the directives of the Federal Office of Public Health. Working hours were offset in order to thin out the number of staff on the assembly line. This allows us distancing at 2 metres. Office workers have been given leave to work from home. The crisis management team, which also includes representatives from the staff committee, initially met on a daily basis but is now meeting somewhat less frequently. New instructions and decisions affecting all workers are not only communicated via email, they are also posted next to the clocking-in and clocking-out points and published on the intranet so that everyone is kept well informed of the latest developments. Employees are approaching us with questions and concerns more frequently now than before. These generally relate to shift work and overtime rulings."

Solidarisch aus der Krise!

Lohngarantie und keine Corona-Entlassungen:

Jetzt Appell unterschreiben!

solidarisch-aus-der-krise.ch



Der heisse Draht

Kontakte zu Unia-Industrie-Sekretariaten
in der Deutschschweiz.

Unia Region

Aargau-Nordwestschweiz

Rebgasse 1
4005 Basel
Tel. 0848 11 33 44
lucien.robischon@unia.ch

Unia Region Bern /

Oberaargau-Emmental

Monbijoustrasse 61
Postfach 3397
3001 Bern
Tel. 031 385 22 22
ivan.kolak@unia.ch

Unia Region

Berner Oberland

Aarestrasse 40
Postfach 214
3602 Thun
Tel. 033 225 30 20

Unia Region Biel-

Seeland / Solothurn

Murtenstrasse 33
Postfach 1280
2501 Biel
Tel. 032 329 33 33
jesus.fernandez@unia.ch

Unia Region Freiburg

Route des Arsenaux 15
Postfach
1701 Freiburg
Tel. 026 347 31 31
yvan.corminboeuf@unia.ch

Unia Region

Ostschweiz-Graubünden

Lämmli brunnenstrasse 41
Postfach 647
9004 St. Gallen
Tel. 0848 750 751
lukas.auer@unia.ch

Unia Region Wallis

Furkastrasse 29
Postfach 697
3900 Brig
Tel. 027 948 12 80
german.eyer@unia.ch

Unia Region

Zentralschweiz

Oberdorfstrasse 2
8808 Pfäffikon
Tel. 0848 651 651
alex.granato@unia.ch

Unia Region

Zürich-Schaffhausen

Pfarrweg 1
8200 Schaffhausen
Tel. 0848 11 33 22
florian.keller@unia.ch



Gewerkschaft Unia
Weltpoststrasse 20 | 3000 Bern 15
031 350 21 11 | www.unia.ch